

## Rede von ÖGB-Präsident Erich Foglar am 18. Juni 2013

Wir zahlen nicht eure Krise, Finanzmärkte regulieren, Spekulation verbieten, Finanztransaktionssteuer, keine Sparprogramme zu Lasten der sozial Schwachen, Schluss mit Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und vieles mehr, das waren vor vier Jahren die Forderungen nach Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise.

Die politischen Eliten versprachen viel, unter dem Schock von Lehman Brothers!

1,3 Bio Euro Kapitalmaßnahmen und Haftungen (überwiegend aus Steuermittel) wurden für Banken, Rettungsschirme und die Stabilisierung der Finanzmärkte aufgewendet. Die Staatsschulden sind in vielen Ländern bedrohlich gestiegen.

Unter dem Druck der Finanzmarktakteure und Gläubiger fahren Politik und Troika einen Kaputtspare-Reformkurs mit katastrophalen Auflagen für die Krisenländer und v. a. gegen die Menschen in diesen Ländern.

Die Arbeitslosigkeit ist in Europa auf 26 Millionen gestiegen, davon sechs Millionen Junge!

Und die Börsen boomen, die Millionäre werden mehr und noch reicher, die Mainstreamökonomien und politischen Eliten glauben noch immer Arbeitsplätze kommen durch sparen, neoliberale Strukturreformen, zurückdrängen der Gewerkschaften, Eingriff in die Lohnautonomie der Sozialpartner, Lohnsenken, Privatisieren und Abbau des Sozialstaates!

Das ist in der Tat die empörende Skandalbilanz einer völlig verfehlten Krisen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union!

Aber es werden immer mehr, die sich den Argumenten vernünftiger Ökonomen, der Gewerkschaften, vieler NGO's, der Zivilgesellschaft anschließen und erkennen, dass diese Politik nicht erfolgreich sein kann, sondern ein Desaster ist.

Es gibt jedoch auch Länder, die einen anderen Weg gegangen sind:

Österreich gehört dazu und ist derzeit noch eines der wenigen Länder, dem zumindest ein geringes Wachstum (+0,4%) prognostiziert wird, das die geringste Arbeitslosigkeit in der EU aufweist und bisher keine brutale Einschnitte in das Sozialsystem gemacht hat.

Wenn heute aus anderen europäischen Ländern die Frage kommt: warum in Österreich die Situation besser ist, dann ist unter anderem darauf hinzuweisen:

Weil es starke Gewerkschaften und eine funktionierende Sozialpartnerschaft gibt und wir in gemeinsamen Anstrengungen mit der Bundesregierung einen Grundkonsens und soziale verträgliche Lösungen gefunden haben.

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Die oberste Priorität heißt: Arbeitslosigkeit bekämpfen!

- keine einseitigen Sparmaßnahmen, die Wachstum und Beschäftigung und die soziale Sicherheit in Österreich gefährden.
- Der Sozialstaat wurde nicht nur abgesichert, sondern sogar ausgebaut:
  - Investitionen in die Arbeitsmarktpolitik,
  - die Ausbildungsgarantie – ein europäisches Erfolgsmodell,
  - Konjunkturprogramme und Steuersenkung für die ArbeitnehmerInnen,
  - Mindestsicherung, Lohn & Sozialdumping Gesetz, u.v.m.
- Und weil wir wettbewerbsfähige Unternehmen mit gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen haben, seit Jahrzehnten eine produktivitätsorientierte, solidarische Lohnpolitik unter Hartwährungsbedingungen betreiben, auch in der Krise Kollektivverträge positiv abgeschlossen wurden, und Kurzarbeitsvereinbarungen viele Arbeitsplätze gesichert haben.

Dass Österreich mit seinem System die Krise besser gemeistert hat, erkennen viele in Europa an. In Österreich selbst sehen das manche nicht so.

Auch wenn Wahlen vor der Tür stehen und es die Zeit ist, in der nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden sollte. Aber wenn wahlwerbende Teams und Parteien, den Grundkonsens in Frage stellen, die Gewerkschaften „zurechtstutzen“ bzw. abschaffen möchten, die Sozialpartnerschaft reduzieren und nach autoritären Grundregeln: „Wer das Gold hat, hat das Sagen“ agieren wollen, dann gibt es für uns keinen Grund zur noblen Zurückhaltung und Überparteilichkeit in diesem Fall.

Denn dann stellt sich die Frage, ob es für die demokratiepolitische Kultur und dem Grundkonsens in diesem Lande sowie für die Zukunft Österreichs in der Europäischen Union verantwortbar ist, wenn sich künftige Regierungsparteien von der Laune eines Milliardärs abhängig machen, egal ob auf Landes- oder Bundesebene?

Ein wahlwerbender Milliardär mit seinem Team, der offensichtlich kein glaubwürdiges politisches Programm hat, und sich daher als einziges Wahlkampfthema den Kampf gegen freie Gewerkschaften auf die Fahnen geheftet hat, ist demokratiepolitisch inakzeptabel.

Der ÖGB betrachtet jede Regierung (ob im Bund oder Land) danach, was sie bereit ist für die ArbeitnehmerInnen zu tun.

Auch nach den Wahlen erwarten wir von der künftigen Bundesregierung:

- dass der österreichische Grundkonsens nicht in Frage gestellt wird,
- oberste Priorität die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und
- eine Politik für Wachstum und Beschäftigung hat,
- und die soziale Sicherheit - als verlässlichste Grundlage der Demokratie (J. Böhm) - ausgebaut und nicht kaputtgespart wird.

Sozialleistungen sind keine Almosen, vom Sozialstaat profitieren alle!

Investitionen in die soziale Sicherheit, in Bildung, in die öffentliche Daseinsversorgung, in eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur und effiziente

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Verwaltung, sind ein unverzichtbarer Wettbewerbsfaktor mit hoher Beschäftigungswirkung.

Daher haben die ArbeitnehmerInnen auch in öffentlichen Bereichen und auch bei angespannter Budgetsituation, ein Recht auf ordentliche Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen, die die Inflation abgelten. Ebenso wie die ArbeitnehmerInnen in anderen Wirtschaftsbranchen.

Vertrauen in die Politik ist eng verbunden mit dem Vertrauen in die soziale Sicherheit. In den letzten Jahren wurden viele Reformen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters und damit zur Sicherung unseres Pensionssystems in die Wege geleitet und vom ÖGB mitgetragen. Auch die Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer ist schon lange vereinbart und Gesetz. Es gibt daher keinen Grund die Menschen mit ständig neue Ideen und Pensionsreformen zu verunsichern und dabei auf unverantwortliche Weise einen Generationenkonflikt zu schüren.

Unter dem Titel: „Budgetmittel für Pensionszahlungen und Erhöhungen sind schuldenfinanzierte Vergangenheitsausgaben für die Alten auf Kosten der Jungen“.

Die einzigen schuldenfinanzierten Vergangenheitsausgaben aus dem Budget sind jene, die wir zur Bankenrettung und somit für bereits realisierte Verluste aufwenden mussten.

Daher ist unsere klare Position: Keine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalter und keine vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters.

Die wettbewerbsdominierte Arbeitswelt wird ständig härter, schneller, brutaler!

Wenn wir länger arbeiten und später in Pension gehen sollen, dann brauchen wir eine Reduzierung der Belastung!

Ein leichter Zugang zur 6. Urlaubswoche (die wir seit 30 Jahren haben) und die Reduzierung von Überstunden sind Maßnahmen, die der Entlastung und Erholung dienen. Auch 70.000 Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter sollen z.B. nach 25 Arbeitsjahren Zugang zu mehr Erholung und ein Stück mehr Gerechtigkeit erfahren, denn sie haben derzeit fast keine Chance auf eine 6. Urlaubswoche.

Und jenen Rechenkünstlern, die sich jetzt bemühen ein Horrorszenario und den Niedergang der Wirtschaft an die Wand zu malen, sagen wir:

Wir lassen uns Gerechtigkeit nicht wegrechnen, wir werden darum kämpfen!

Wenn die Vorschläge der Industrie, unterstützt vom Wirtschaftsminister, wie in den letzten Tagen zu lesen war, der zehn und 12-Stunden-Arbeitstag und die 60-Stundenwoche sind, mehr Arbeitszeit-Flexibilität weniger Lohn bedeuten soll, wenn ständig von der Wirtschaft und ihren Experten ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter gefordert wird und gleichzeitig steigt die Zahl der Arbeitslosen

*Es gilt das gesprochene Wort!*

über 50 stärker, als in allen anderen Altersgruppen, dann laden wir die Wirtschaft ein: Steigen sie wieder aus - aus dem Retrozug ins 19. Jahrhundert und steigen sie mit uns in den Zukunftszug einer nachhaltigen Arbeitswelt ohne prekäre Arbeit und Working Poor.

Wir sind bereit mit den Sozialpartnern unseren Beitrag zu leisten, in Österreich Rahmenbedingungen zu gestalten,

- die es Unternehmen ermöglichen wettbewerbsfähige und altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten,
- nachhaltige Arbeitsplätze, die nicht krank machen,
- mit Löhnen und Gehältern von denen man leben kann
- und ein Altern in Würde, ohne Altersarmut ermöglichen.

Vorschläge der Gewerkschaften zur fairen Arbeitszeit-Flexibilisierung in der Metallindustrie liegen am Tisch!

Ebenso für eine Arbeitszeitverkürzung und damit Belastungsreduzierung im Bereich der ÖBB. Die ÖBB braucht dazu den Kollektivvertrag, daher verlangen wir ein Ende der Blockade durch den zuständigen Fachverband.

Auch der jüngste Vorschlag zur „Lohnnebenkostensenkung“, durch senken der Beiträge in der Kranken- und Unfallversicherung und für den Insolvenzentgeltfond, bedeutet nichts anderes als 500 Millionen Euro mehr Geld für die Unternehmen und weniger Geld für die soziale Sicherheit bei Leistungen der Krankenversicherungen, für Prävention und bei Insolvenzen. Fazit: Für ArbeitnehmerInnen keine einzigen Cent Entlastung, aber dafür weniger Leistung.

Das ist eher der neoliberale Stil einer Maggi Thatcher nach dem Motto: „We want our Money back!“ und keine verantwortungsvolle Sozialpolitik!

Was wir brauchen und wollen ist Verteilungsgerechtigkeit!

Verteilungsgerechtigkeit ist das Kernthema, dem wir uns auch in Österreich viel stärker widmen müssen. Steuer- und Abgabenbelastung auf Löhne und Gehälter sind in Österreich sehr hoch bei vermögensbezogenen Steuern sind wir Schlusslicht! Berichte und Studien der EU-Kommission, OECD, EZB und Nationalbank bestätigen uns das jedes Jahr aufs Neue: nur in Deutschland sind die Nettovermögen ungleicher verteilt als in Österreich!

Diese Schieflage in unserem Steuersystem muss endlich beseitigt werden.

Wir fordern eine umfassende Steuerreform, damit den ArbeitnehmerInnen von den guten Lohnerhöhungen mehr Netto von Brutto bleibt, und einen faireren Beitrag der Millionäre zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben!

Mehr Einkommensgerechtigkeit bedeutet auch,

- 1.500 Euro Mindestlohn, in allen Kollektivverträgen
- und, dass keine Frau mehr weniger verdienen soll, nur weil sie eine Frau ist.
- Die Einkommensberichten müssen weiterentwickelt und verbessert werden
- und die Erkenntnisse daraus müssen zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten und zur Schließung der Einkommensschere führen.
- Wir werden nicht locker lassen, bei Kollektivvertragsverhandlungen Einkommensgerechtigkeit zum Thema zu machen.

Bildung und Ausbildung der Menschen in Österreich sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und eine niedrige Arbeitslosigkeit! Ohne Bildung keine Chancengleichheit, ohne Chancengleichheit keine Bildung, daher muss das Bildungssystem konsequent weiter modernisiert werden, um die soziale Selektion zu beseitigen.

Dazu gehört, neben notwendigen Investitionen in Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht, besseren Arbeitsbedingungen und Unterstützung für LehrerInnen, auch ein modernes Dienstrecht als logisch zwingende Konsequenz einer künftig einheitlichen LehrerInnenausbildung auf Masterniveau.

Dabei kann der Grundsatz wohl nur lauten: Für gleiche Ausbildung – gleiche Bezahlung – und ein konsensuales Verhandlungsergebnis ist allemal die beste Grundlage für den notwendigen Gesetzesbeschluss.

Dafür ist es aber notwendig, dass sich beide Verhandlungspartner aufeinander zubewegen! Ein besseres Bildungssystem für unsere Kinder, darf nicht an scheinbar unüberwindbaren Hürden in Dienstrechtsfragen scheitern.

Wir brauchen aber auch ein besseres Unterrichtsmodell: Stärken – stärken, Schwächen – schwächen, fördern und fordern, individualisierter Unterricht, statt Frontalunterricht, sanktionieren und selektieren schon mit zehn Jahren. Kein Jugendlicher soll mehr die Pflichtschule ohne Abschluss beenden und nicht in der Lage sein, eine Berufsausbildung zu beginnen, weil Grundkenntnisse und soziale Kompetenz fehlen.

Und in der dualen Berufsausbildung ist eine verbindliche Qualitätssicherung notwendig, um die Durchfallquoten bei der Lehrabschlussprüfung zu senken. Wir brauchen einen nationalen Bildungs-Schulterschluss für unsere Kinder, dafür müssen auch Partikularinteressen hintangestellt werden!

Die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist jedoch die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Sechs Milliarden Euro für die Jugendgarantie in der EU sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Aber was kann damit bewirkt werden, angesichts der fast sechs Millionen arbeitsloser junger Menschen, die in einigen Mitgliedsstaaten keine positive Zukunftsperspektive mehr haben, wenn auf der einen Seite die Schuldenbremse, der Stabilitäts- und Fiskalpakt ein Förderprogramm für die Rezession und explodierende

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Arbeitslosigkeit ist, und andererseits satte Vermögenszuwächse und steigende Millionärszahlen nichts zu Wachstum und Beschäftigung beitragen?

Der ÖGB steht zu einem gemeinsamen Europa, aber wenn sich Gemeinsamkeit erschöpft in mehr Markt, statt Demokratie und Solidarität, in Wettbewerbsunion statt Sozialunion, Fiskalpakt statt Sozialpakt, der Sozialstaat in Frage gestellt wird, dann stellt sich die Frage, wem dieses gemeinsame Europa überhaupt nützt soll?

Wenn Frau Merkel beim Welt-Wirtschafts-Forum meinte:

- der Fiskalpakt und die Schuldenbremse seien „alternativlos“,
- und in der BRD hat es auch erst fünf Millionen Arbeitsloser bedurft, um Reformen durchzuführen,
- und gleichzeitig David Cameron unterstützt, der den Wohlfahrtsstaat zurechtstutzen will,

dann ist das genau das Europa, das wir nicht wollen, denn wir haben eine Alternative für einen Kurswechsel der europäischen Politik, damit diese Europäische Union nicht in einer Sackgasse und am Ende der Akzeptanz bei den Menschen landet!  
Ein gemeinsames Europa muss allen Menschen nützen, und nicht nur den Finanzmarktakrobaten und Konzernen.

Wir wollen ein Europa der ökosozialen Marktwirtschaft, mit fairem Wettbewerb, wo die Realwirtschaft Wohlstand für alle Menschen erwirtschaftet, und kein Europa des Finanzkapitalismus, der nur die Arbeitslosen und die Anzahl der Millionäre erhöht.  
Ein Europa, wo nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung durch hohe Kaufkraft aus guten Arbeitseinkommen entsteht, und aus einem Investitions-Programm für sinnvolle nachhaltige Investitionen in Infrastruktur, Umwelt und Daseinsversorgung, wie es z. B der DGB vorschlägt.

Wir wollen keine EU des Lohn-, Sozial- und Steuerdumpings, der prekären Arbeitsverhältnisse und Working Poor, sondern ein Europa in dem es keine Steueroasen gibt, Steuerflucht und Steuerhinterziehung von allen Mitgliedsstaaten kompromisslos bekämpft wird.

Wir brauchen eine EU, wo die sozialen Grundrechte Vorrang vor den vier Marktfreiheiten haben, mit sozialen Mindeststandards, und verbindlichen Lohnuntergrenzen.

Wo die Autonomie der Sozialpartner unantastbar bleibt und der soziale Dialog in allen Mitgliedsstaaten garantiert ist.

Eine EU, wo die Sozialpartner in allen Phasen und Bereichen der europäischen wirtschafts- und sozialpolitischen Steuerung und in die nationalen Reformpläne einzubinden sind.

Unsere Mission ist: Gerechtigkeit - vor allem soziale Gerechtigkeit.

Dem 18. Bundeskongress des ÖGB liegt ein Arbeitsprogramm mit über 200 Vorschlägen und Forderungen in 16 Kapitel zur Beratung und Beschlussfassung vor, das mehr Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Mitbestimmung in Österreich und Europa zum Ziel hat.

Auf dieser Grundlage wird der ÖGB auch seine Erwartungshaltung und Forderungen an die nächste Bundesregierung richten, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich und in Europa!

Gemeinsam mit den Sozialpartnern, aber auch befreundeten NGO's, wollen wir den bisher erfolgreichen österreichischen Weg, gerade in einer Zeit schwieriger politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen, weiter gehen und für mehr Gerechtigkeit und einen Kurswechsel in Europa eintreten.

Ich heiße alle Kolleginnen und Kollegen, euch, liebe Delegierte, herzlich Willkommen und freue mich, gemeinsam mit Vizepräsidentin Sabine Oberhauser und Vizepräsident Norbert Schnedl, die vielen Ehrengäste des heutigen Abends, auch in eurem Namen, begrüßen zu dürfen.